

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 - Große Anfrage Hochschulentwicklung -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Nr. 281.01 / 17.10.2001

In die Hochschullandschaft ist viel Bewegung gekommen!

Nach der Grundsatzentscheidung im Landtag, die Hochschulen landesweit über Zielvereinbarungen zu steuern, ist trotz der Sparbeschlüsse viel Bewegung in die Hochschullandschaft gekommen. Dies beweist, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen lebendig sind und auf internationalem Niveau arbeiten. Neue Studiengänge insbesondere im Medien und Biotechnologiebereich werden geschaffen, gleichzeitig wurde - wie von den Koalitionsfraktionsfraktionen gefordert - damit begonnen, Medizinstudienplätze zu verringern.

Um hier einen Überblick zu erhalten, ist ein Plan über die gesamte Hochschullandschaft vom Ministerium notwendig. Dieser kann aber nicht verordnet, sondern muss entwickelt werden. Insofern ist es richtig, dass die Landesregierung hierzu den Hochschulen das Jahr 2002 über die Zeit gibt, dafür die Grundlagen zu schaffen.

Allerdings ist dies - bei aller Bejahung der Hochschulautonomie - kein Einbahnstraßenprozess. Das Parlament muss hieran beteiligt werden, insbesondere wenn Zielvereinbarungen abgeschlossen werden, die, wie wir Grüne es wiederholt gefordert haben, den Hochschulen Planungssicherheit für mehrere Jahre geben sollen.

Entscheidungen, die die Existenz einer oder gar mehrerer Hochschulen betreffen, gehen uns auch als Haushaltsgesetzgeber und Bildungsverantwortliche im Parlament an: Ich meine hier die Muthesiushochschule, die in einem vorbildlichen Beteiligungsprozess aller an der Hochschule tätigen - insbesondere auch der Studierenden - ein innovatives Konzept erarbeitet hat, um als Kunsthochschule anerkannt zu werden. Dies begrüßen wir sehr. Schleswig Holstein steht eine Kunsthochschule gut an.

Die Veränderungen, die damit bei den Fachhochschulen in Lübeck und Kiel einhergehen sollen, sind allerdings kritisch zu prüfen. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung hierzu einen Bericht im November - rechtzeitig vor den Haushaltsentscheidungen.
